

Antrag

der Abgeordneten Dr. Götz Frömming, Nicole Höchst, Dr. Marc Jongen, Dr. Heiko Heßenkemper, Marc Bernhard, Matthias Büttner, Petr Bystron, Siegbert Droese, Dr. Michael Ependiller, Dietmar Friedhoff, Mariana Iris Harder-Kühnel, Frank Magnitz, Andreas Mrosek, Christoph Neumann, Tobias Matthias Peterka, Jürgen Pohl, Frank Pasemann und der Fraktion der AfD

Zukunft für Deutschlands Wohlstand – Berufliche Bildung stärken

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der neue Berufsbildungsbericht 2020 liefert Erkenntnisse aus dem Jahr 2019. Die Zahl der Anfänger in der Berufsausbildung ist leicht angestiegen, besonders im sozialen Bereich. Der Rückgang der abgeschlossenen Ausbildungsverträge für die Berufe der HWK und IHK setzt sich weiter fort (vgl. Berufsbildungsbericht 2020, S. 7). Immer weniger Ausbildungsplätze können besetzt werden, besonders in Betrieben mit weniger als zehn Mitarbeitern (ebd., S. 16 ff). Dieser Trend wird bestärkt durch die Betriebsaufgaben, denn das Gros der deutschen Unternehmen hat weniger als zehn Mitarbeiter (www.destatis.de/DE/Themen/Branchen-Unternehmen/Unternehmen/Unternehmensregister/Tabellen/unternehmen-beschaeftigtengroessenklassen-wz08.html?nn=208520, Abruf: 05.06.2020).

Im Zusammenhang mit der Pandemie gelten viele Ergebnisse des Berufsbildungsberichtes 2020 als überholt. Und wie sich die Pandemie tatsächlich mit belegbaren Zahlen auf die duale Berufsausbildung auswirken wird, werden erst die Berichte der Bundesagentur für Arbeit für die kommenden Quartale zeigen. Da in den Betrieben und Unternehmen allerdings monatelang keine Umsätze generiert worden sind, ist sicherlich mit einem Ausbildungsrückgang zu rechnen, denn die Auszubildenden werden von den Betrieben bezahlt. Aufgrund von massenhaften Betriebsstilllegungen wurden vielen Auszubildenden bereits zum Anfang der Pandemie gekündigt, Einzelfälle sind schon jetzt bekannt.

Der seit Jahren schwelende Fachkräftemangel, das Demographieproblem und die pandemiebedingten Umsatzausfälle und Stilllegungen haben die ohnehin schon angespannte Situation auf dem Ausbildungsmarkt zusätzlich verschärft.

Dass die duale Berufsausbildung „chronisch erkrankt“ ist, belegt der Zahlenvergleich der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge in den Jahren 2008 und 2019: 15 Prozent weniger Auszubildende trotz diverser Konjunkturprogramme der Bundesregierung und Projekte seitens der Bundesländer (vgl. Berufsbildungsbericht 2009, S. 13, Berufsbildungsbericht 2020, S. 28).

Immer noch wird zu wenig für die duale Berufsausbildung getan. Das muss sich endlich ändern.

Daher ist Bildung ein wichtiges Instrument, um langfristig die Gesellschaftskultur und die Wirtschaftsstruktur zu sichern. Darüber hinaus ist die berufliche Bildung Garant für den Status quo des erreichten Wohlstandes. Unter anderem wird durch die mehr als 300 Berufsausbildungen der bisherige Wohlstand ständig weiterentwickelt, besonders durch verbesserte technologische Voraussetzungen und erhöhten Erkenntnisgewinn.

Doch muss einerseits die Ausbildungsqualität verbessert und andererseits die berufliche Bildung insgesamt wesentlich attraktiver werden. Die Nutzung digitaler Medien in der beruflichen Bildung kann dazu einen ergänzenden Beitrag leisten.

II. Der Deutsche Bundestag fordert daher die Bundesregierung auf,

gemeinsam mit den Bundesländern und Verbänden

1. diejenigen Ausbildungsbetriebe mit weniger als zehn Mitarbeitern dauerhaft – und nicht nur während der Corona-Pandemie – finanziell zu entlasten, damit diese in die Lage versetzt werden, in wesentlich größerem Umfang auszubilden;
2. Studien in Auftrag zu geben, um fundierte Erkenntnisse zu gewinnen, wie die Zahl der Ausbildungsbetriebe erhöht werden kann und so die berufliche Ausbildung zu stärken und langfristig zu sichern;
3. sich dafür einzusetzen, einen staatlich geförderten Fortbildungspool für Ausbilder in Ausbildungsbetrieben aufzustellen, um damit insgesamt die Qualität der Ausbildung zu verbessern und das berufliche Fortkommen der Auszubildenden zu sichern;
4. die Ergebnisse der Enquete-Kommission „Berufliche Bildung in der digitalen Arbeitswelt“ in die Fachkräftestrategie der Bundesregierung und in die Nationale Weiterbildungsstrategie (Juni 2019) zeitnah einzuarbeiten und umzusetzen;
5. im Ausbildungsstrukturprogramm JOBSTARTER plus die Entwicklung und Anwendung digitaler Beratungskonzepte verstärkt zu unterstützen, da diese auch Vorteile im Bereich der Anwendererfahrung aufweisen;
6. das Sonderprogramm zur Beschleunigung von Digitalisierung in überbetrieblichen Berufsbildungsstätten (ÜBS) auch über das Jahr 2023 hinaus fortzuführen;
7. dass seit dem Jahr 2012 laufende Förderprogramm „Digitale Medien in der beruflichen Bildung“ noch in diesem Jahr einer systematischen Zwischenevaluierung zu unterziehen und die damit zusammenhängenden Handlungsempfehlungen zeitnah in die sogenannte Transferwerkstatt des Programms zu übernehmen;
8. den Gesetzentwurf zur Förderung der beruflichen Weiterbildung im Strukturwandel und zur Weiterentwicklung der Ausbildungsförderung („Arbeit-von-morgen-Gesetz“) umgehend in das parlamentarische Verfahren einzubringen.

Berlin, den 24. Juni 2020

Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion